

Bankenmacht in der Österreich AG

Philipp Korom

1. Einleitung

Banken gelten zumeist als „systemrelevant“ und damit sogar im maroden Zustand als rettenswert. Vor allem aufgrund zahlreicher Interbankenbeziehungen, so das Hauptargument, können mit einem Bankencrash negative und schwer einschätzbare Folgeeffekte für andere Kreditinstitute einhergehen, die das ganze Wirtschaftssystem gefährden könnten. Die Soziologie hat sich mit Interbankenhandel und Ansteckungseffekten kaum beschäftigt. Ihr Interesse richtete sich auf die Bankenmacht. Welche Möglichkeiten stehen Banken offen, um in Entscheidungsprozesse der Politik einzugreifen und Unternehmen, darunter vor allem Geschäftspartner, in einer Weise zu beeinflussen, dass es der Bank zum eigenen Vorteil gereicht? – diese Frage versuchte man empirisch zu beantworten (Eigner 1997; Morawetz 1985; Ziegler 1984). Als Machtindikator wurden personelle Verflechtungen (*interlocking directorates*) herangezogen, die grundsätzlich zwei Erscheinungsformen annehmen können: Eine Person ist Mitglied in zumindest zwei Aufsichts- oder Geschäftsleitungsorganen („ungerichtete Verflechtung“). Eine Person ist Vorstand/ Geschäftsführer eines und Aufsichtsratsmitglied zumindest eines anderen Unternehmens („gerichtete Verflechtung“). Eines der wesentlichen methodologischen Probleme ist, dass der treibende Motor wechselnder Figurationen von personellen Verflechtungen nicht eindeutig eruierbar ist. Dem funktionalen Postulat, dass sich Unternehmen vornehmlich deshalb miteinander verflechten, weil sie ihre Umwelt kontrollieren oder ihrer Abhängigkeit von Ressourcen anderer Unternehmen verringern wollen (Pfeffer/Salancik 1978), stehen Machtzirkel-Theorien gegenüber, nach denen gemeinsame Aufsichtsratsitzungen der Prestigemaximierung sowie dem Ausbau des Kontaktnetzes einer relativ homogenen sozialen Klasse dienen (Useem 1984). Die Bedeutung dieser zwei grundsätzlich unterschiedlichen treibenden Kräfte empirisch auseinanderzuhalten, hat sich nur als begrenzt möglich erwiesen (Stokman/Vanderknoop/Wasseur 1988). Personenverflechtungen wird man jedoch stets als *Gelegenheitsstrukturen* interpretieren können: Netzwerke können (müssen jedoch nicht) von den Mitgliedern funktionalisiert werden. Die Langzeitperspektive gibt Aufschluss über den Bestand und die Veränderungen in diesen Gelegenheitsstrukturen und ermöglicht es zudem, *Machtpotenziale* angemessen einzuschätzen. Von Bankenmacht wird man so erst sprechen können, wenn die Personenverflechtungen der Banker im historischen Maßstab betrachtet ein hohes Niveau erreichen.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Österreich AG zwischen 1976 und 2008 skizziert (Korom 2014). Dieser relativ lange Zeitraum wird gewählt, da kürzere Betrachtungsfenster (vgl. Korom 2012) es nicht erlauben, Umbrüche in Netzwerken adäquat einzuschätzen. Das Label „Österreich AG“ (Ziegler/Reissner/Bender 1985) wird dabei stets genutzt werden, um auf die österreichweiten Personalverflechtungen zwischen Großunternehmen Bezug zu nehmen.

2. Banken in der Österreich AG – ein Rückblick

Historisch gesehen waren Banken im heutigen Österreich vor allem Finanziers der Industrie. Geht es nach Gerschenkron (1966), so war die Selbstfinanzierung durch Unternehmerfamilien im angloamerikanischen Raum die Regel, indes in dem durch mittlere wirtschaftliche Rückständigkeit geprägten Österreich-Ungarn Universalbanken – darunter vor allem die 1855 mit einem Kapital von 60 Millionen Gulden von Anselm von Rothschild gegründete Creditanstalt – den Industrialisierungsprozess massiv unterstützten. Das Fundament des österreichischen Unternehmensnetzwerkes wurde spätestens mit dem Aufstieg der Bank Credit-Anstalt zum alles dominierenden Finanzriesen gelegt. So richtig in Gang gesetzt wurden Konzentrationsbewegungen im österreichischen Finanzsystem 1929 als auf Druck der Politik das de facto insolvente Finanzinstitut Boden-Credit-Anstalt im Wege einer Fusion von der Credit-Anstalt übernommen wurde. Der Zusammenschluss von Credit-Anstalt mit dem Wiener Bankverein 1934 hatte ein „Ein-Bank-System“ (Teichova 1994: 8) zur Folge. Nicht nur aus heutiger Perspektive erscheint der Einflussbereich der Credit-Anstalt gigantisch. Er erstreckte sich auf „216 österreichische Industrie-Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von etwa 700 Millionen Schilling. Dies entsprach 42 Prozent des Aktienkapitals aller österreichischen Industrieunternehmen“ (Sandgruber 1995: 389).

Wie an allen anderen Großbanken dieser Zeit war auch an der Credit-Anstalt ausländisches Kapital beteiligt. Im Verwaltungsrat fanden sich Industrielle aus dem gesamten Donaauraum sowie Repräsentanten der westeuropäischen Hochfinanz, allen voran Baron Louis Rothschild. Das änderte sich schlagartig, als die Bank 1932 Verluste in der Höhe von 987,2 Millionen Schilling – ein Betrag, der der Hälfte des Bundesbudgets entsprach – bekannt gab und der Staat in weiterer Folge der Credit-Anstalt insgesamt 883 Millionen Schilling zur Verfügung stellte (Stiefel 1983). Die Bank befand sich nun im Eigentum der öffentlichen Hand, die ausländischen Aktiva im Donaauraum wurden weitgehend veräußert und in das Management zogen österreichische Geschäftsmänner ein. Vor dem Anschluss war die nun hauptsächlich auf dem Staatsgebiet der Ersten Republik operierende Credit-Anstalt trotz der knapp entgangenen Insolvenz der mit Abstand zentrale Akteur im österreichischen Unternehmensnetzwerk (Dritsas/Eigener/Ottosson 1996).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, gewissermaßen zur „Stunde Null“, beschloss das Parlament eine weit reichende Verstaatlichung, um die nach dem Beschluss der Potsdamer Konferenz von den Alliierten beschlagnahmten Betriebe zu übernehmen (was für die von den drei durch westliche Alliierte verwalteten Zonen, jedoch nicht für die Besatzungszone der UdSSR unmittelbar gelang). Das heimische Privatkapital hatte eine schwache Stellung und die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus erforderte einen raschen Umbau der Wirtschaftsordnung (Müller 1981: 396). Die Verstaatlichungsgesetze von 1946 und 1947 überführten 71 Unternehmungen der Industrie, drei wichtige Bankinstitute und die Elektrizitätswirtschaft in das Eigentum des Staates. „Lediglich die Eigentumsrechte wurden an den Staat übertragen, die privatrechtliche Organisation der Betriebe aber wurde aufrechterhalten“ (Sandgruber 1995: 459). Bis zu dem Zeitpunkt, ab dem Europas „Stahlkrise“ zur Schicksalsfrage der „Verstaatlichten“ wurden, waren die Strukturen des österreichischen Unternehmensnetzwerkes klar konturiert – das zeigen u. a. die netzwerkanalytischen Annäherungen in den 1980er Jahren durch Ziegler (Ziegler/Reissner/Bender 1985; Ziegler 1984). Morawetz (1985) untersuchte zeitgleich die personellen Verflechtungen der neun größten Banken und der 70 umsatzstärksten Industrieunternehmen des Jahres 1976.

Welche Strukturen ergaben sich in den siebziger Jahren durch den Umstand, dass einzelne Personen zahlreiche Vorstands- und Aufsichtsratsfunktionen in mindestens zwei Unternehmen gleichzeitig ausübten?

Das österreichische Netzwerk erscheint wie am Reißbrett konzipiert. [...] In Österreich sind es die beiden verstaatlichten Großbanken, die staatliche Holding ÖIAG und – in geringerem Maße – das größte private Bankhaus, die mit ihren Vorstandsbindungen die Grundstruktur des Netzes festlegen [...] Insbesondere die beiden verstaatlichten Banken in Österreich scheinen nach dem Prinzip „divide et impera“ zu verfahren (Ziegler 1984: 596).

Nahezu identisch fällt das Urteil von Morawetz (1985: 80) aus: „Den drei dominierenden Institutionen im gerichteten Netzwerk – Creditanstalt, Länderbank und ÖIAB [sic!] – entsprechen deutlich abgrenzbare Aufsichtsratsdomänen“.

Ab den achtziger Jahren wurde der Finanzmarkt als Vorleistung für den EU-Beitritt liberalisiert. Der dadurch ausgelöste Wettbewerbsdruck resultierte in Fusionen. Die Konturen der Österreich AG wandelten sich spätestens 1991 als die Bank Austria aus einem Zusammenschluss der Zentralsparkassen mit der Länderbank hervorging. 1997, am Ende eines sich anfangs verschleppenden und durch politische Interventionen gekennzeichneten Privatisierungsprozesses des Creditanstalt-Bankvereins (vgl. Grubelnik 1998) kam es sodann zu der bislang weitest reichenden Umwälzung im österreichischen Kreditwesen: Die Bank Austria übernahm den Creditanstalt-Bankverein. Nach einigen Jahren fusionierten beide zur Bank Austria Creditanstalt AG, die 2005 in der europäischen Bankengruppe UniCredit aufging. Die Bank Austria hatte von Creditanstalt und Länderbank große Industriebeteiligungen (z. B. Lenzing, Semperit, A. Porr) übernommen, die allmählich ausgelagert wurden (Bruckner/Stickler 2000: 139). Von dem Sparkassenbereich, vor allem repräsentiert durch das Spitzeninstitut Girocredit, hatte sich die Bank Austria schon in frühen Jahren getrennt. Die Erste Österreichische Spar-Casse übernahm diesen Anteil sowie Minderheitsanteile an anderen Sparkassen. Mit der Fusion zur Ersten Bank der österreichischen Sparkassen AG wurde der entscheidende Schritt zur Konsolidierung des Sparkassenbereichs gesetzt.

Ein weiterer Umbruch stellte die 2005 erfolgte Fusion zwischen der Österreichischen Postsparkasse AG und der Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) dar. 2007 wurde sodann die BAWAG P.S.K. von einem Konsortium unter der Führung von Cerberus Capital Management L.P. übernommen. Auch die Entlassung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die nationale Eigenverantwortung ab 1989 brachte das Bankenwesen stark in Bewegung. Mehrere österreichische Banken begannen im großen Ausmaß zu expandieren.

Inwiefern ging dieser Wandel mit einem Verlust der Bankenmacht innerhalb des österreichischen Unternehmensnetzwerkes einher? Um diese Frage zu beantworten sollen im nächsten Abschnitt aus einer Längsschnittperspektive Veränderungen in den Unternehmensgruppen der Österreich AG (1967-2008) nachgezeichnet werden. Um diese innerhalb des Netzwerkes identifizieren zu können, wird die Österreich AG in sogenannte Komponenten zerlegt. In einer K-Komponente gilt, dass die Verbindungen jedes Akteurs im Teilgraphen zu allen anderen Akteuren zumindest k betragen muss. K-Komponenten können wie schachtelbare Matroschka-Puppen-Teile aufeinander aufbauen. Je mehr Puppen ineinander verschachtelt sind, d.h. je höher die Verbundenheit in der Teilgruppe, desto wahrscheinlicher liegen formelle oder informelle Allianzen vor. Diese Komponenten werden in der nachfolgenden Grafik jeweils nach dem zentralsten Unternehmen

bezeichnet. Kursive Zahlen geben jeweils die Vielfachheit der Verbindungen an. Fett gedruckte Zahlen stehen für die Anzahl der Unternehmen innerhalb einer Komponente. Der Übersichtlichkeit wegen werden Verbindungen zwischen den einzelnen Komponenten nicht ausgewiesen.

3. Bankenmacht in der Österreich AG – eine Netzwerkanalyse

Die strukturellen Verschiebungen in der Österreich AG zwischen 1976 und 2008 (s. Abb. 1) dokumentieren nicht nur das allmähliche Ende der „Verstaatlichten“ und des Creditanstalt-Imperiums, sondern auch den Aufstieg der Raiffeisen zur dominierenden Unternehmensgruppe. Für das Jahr 1976 ergeben die Visualisierungen ein sehr klares Bild: Neben einem Cluster von Genossenschaften, die sich um die Raiffeisen NÖ gruppiert, erweisen sich die Creditanstalt und die Länderbank sowie deren Industriebeteiligungen, die eng verflochtenen öffentlichen Unternehmen im Energiesektor und der verstaatlichte Wirtschaftssektor unter der Ägide der ÖIAG als jeweils voneinander abgrenzbare Unternehmensgruppen. Die Österreich AG im Jahre 1976 ist somit von der Dominanz des direkt (ÖIAG-Unternehmen) und indirekt verstaatlichten (u. a. Konzernunternehmen der Großbanken) Sektors und durch die herausragende Stellung der Creditanstalt geprägt. Die Zahl der Beteiligungen verstaatlichter Banken war lange Zeit nicht recherchierbar. So schrieb Vodopivec 1960 in seinem Buch „Wer regiert in Österreich“: „Auch heute noch ist die Tendenz stark, die indirekten Beteiligungen des Staates als Staatsgeheimnisse zu behandeln. Deshalb haben auch erste Versuche des Finanzministeriums, im Jahre 1958 in den Budgeterläuterungen eine Liste dieser Beteiligungen zu veröffentlichen, heftigsten Widerstand bei den Betroffenen zur Folge gehabt. Die schließlich doch veröffentlichten Untersuchungen umfassen weder die genaue Anzahl dieser Konzernunternehmen noch geben sie vollständigen Aufschluß über das Ausmaß der Beteiligungen“ (Vodopivec 1960: 154-155). Grünwald (1964) kam in einer (unvollständigen) Erhebung der Arbeiterkammer für das Jahr 1961 auf 106 Beteiligungen, wobei 70 auf die Creditanstalt, 21 auf die Länderbank und 15 auf das Creditinstitut entfielen. An manchen Aktiengesellschaften hielten mehrere Banken zugleich Anteile. Die Größe der 2-Komponente 1967 ist im Wesentlichen auf die Bank-Industrie-Verflechtungen zurückzuführen. Im Zentrum dieser Komponente steht die CA. Im Inneren finden sich einige Sub-Komponenten, so etwa die Länderbank mit ihren Beteiligungen (Perlmooser, Waagner-Biro), oder ein dichter Unternehmenscluster von CA-Beteiligungen rund um Steyr-Daimler-Puch (und Semperit). Innerhalb der ÖIAG-dominierten Sub-Komponente waren Stahlunternehmen, darunter vor allem die VOEST, am stärksten personell miteinander vernetzt. Was änderte sich im Jahr 1983, also nahezu vierzig Jahre nach Verabschiedung der Verstaatlichungsgesetze?

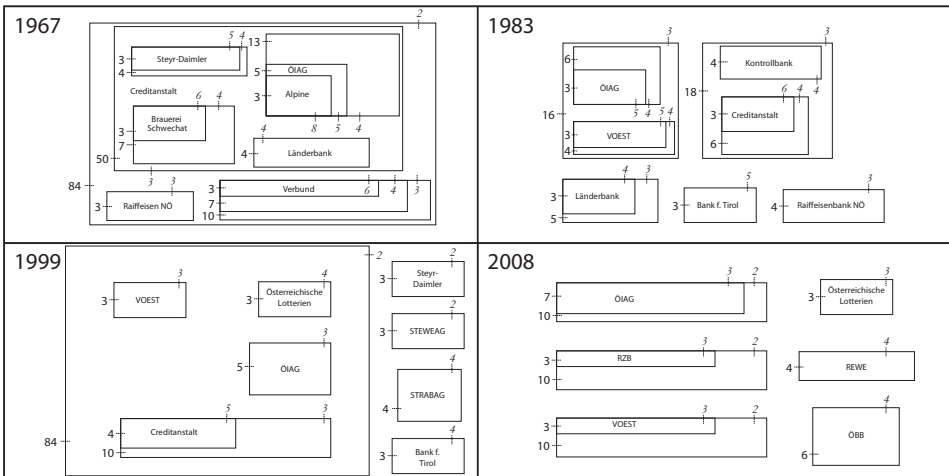
Der indirekt verstaatlichte Wirtschaftssektor, insbesondere die strukturelle Einbettung von Unternehmen in das Aufsichtsratsnetzwerk der Creditanstalt, hat eindeutig an Größe eingebüßt. Bei großen CA-Industriebeteiligungen, darunter Steyr-Daimler Puch AG, Maschinenfabrik Andritz AG oder der Maschinenfabrik Heid AG, stellten sich erhebliche Schwierigkeiten ein, die einen Zuschuss des Staates in der Höhe von 7,28 Mrd. Schilling nötig machten (Beer/Ederer 1987: 365). Da die industriepolitischen Strategien der CA auch in der Vergangenheit von geringem Erfolg geprägt waren, wurden diese und weitere Beteiligungen systematisch verkauft. Geschrumpfte Netzwerke im direkt verstaatlichten Unternehmensbereich sind vor allem auf Zusammenlegungen von führenden Stahlunter-

nehmen zurück zu führen – eine Reaktion auf die sich international ausbreitende „Stahlkrise“ dieser Zeit.

Trotz weitreichender Privatisierungen¹ stellt die „Verstaatlichte“ im Jahr 1999 noch das Rückgrat der Österreich AG dar. Die ÖIAG, und damit indirekt die Republik Österreich, hielt bis 2000 Restanteile zwischen 24 und 39% an großen Unternehmen wie etwa der VA-Technologie AG oder der VA-Stahl AG. Erst in den nachfolgenden Jahren erfolgte die vollständige Privatisierung dieser Industrien, die einen starken Kohäsionsverlust der Österreich AG herbeiführte. In der 2-Komponente scheint die Länderbank nicht mehr auf. Die zunehmend schwächelnde Bank war von der Zentralsparkasse, dem im Besitz der Stadt Wien befindlichen Spitzeninstitut des Sparkassensektors, 1991 übernommen worden und firmierte in der Folge als Bank Austria. Ab 1997 erfolgte die Zusammenlegung zwischen Bank Austria und Creditanstalt, die erst 2002 zu einem Ende kommen sollte. Die Komponentenstruktur zeigt das Bankenkonglomerat im Übergang. Gleich vier Finanzinstitute umfasst die engste, fünffach vernetzte Komponente: Creditanstalt, Bank Austria, Bank Austria CA International, Kontrollbank.

Mit dem Ende der Creditanstalt bricht die große 2-Komponente ein und zerfällt in vier einzelne Unternehmensgruppen rund um die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), die Österreichischen Lotterien, die VOEST, und die ÖIAG. Zwei weitere Unternehmensgruppen ergänzen das Bild: Die REWE Group, ein großer deutscher Handelskonzern, und die Raiffeisen-Bankengruppe mit ihrem Mutterunternehmen Raiffeisen Zentralbank (RZB). Die Raiffeisen-Gruppe ist – aus dem schon 1967 und 1983 aufscheinenden – Genossenschaftswesen erwachsen und umfasst in dem Sample für das Jahr 2008 gleich viele Unternehmen wie der ÖIAG-Firmencluster.

Abb 1. Die Unternehmensgruppen der Österreich AG (N=125), 1967-2008



Anmerkung: Berücksichtigt wurden jeweils die 100 umsatzstärksten Unternehmen aus den Branchen Industrie, Handel und Dienstleistungen sowie die „Top 25“ der Finanzbranche (Banken, Versicherungen) nach Bilanzsumme bzw. Prämieinnahmen. Als Datenquelle diente entweder das Firmenhandbuch „Finanzcompass“ oder die vom Verlag „Hoppensstedt“ herausgegebenen Jahrbücher mit dem Titel „Österreich 2000. Die 3500 größten Unternehmen“.

4. Bankenmacht heute

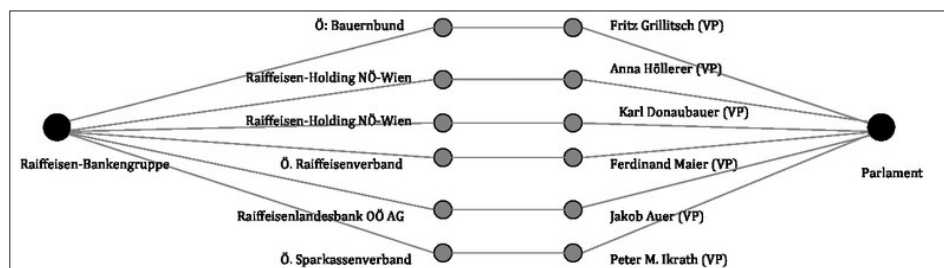
Die historische Längsschnittbetrachtung zeigt einerseits die abnehmenden Machtpotentiale von Banken, darunter vor allem der Creditanstalt, auf. Andererseits wird jedoch auch deutlich, dass das entstehende Machtvakuum zumindest zum Teil durch einen anderen Akteur, der Raiffeisen-Bankengruppe, zumindest zum Teil ausgefüllt wird. Die Raiffeisen-Zentralbank (RZB) gilt heute als größte Beteiligungsgesellschaft Österreichs. Diese Holding hält u.a. millionenschwere Anteile an dem Baukonzern Strabag, den Nahrungsmittelkonzernen Agrana und Leipnik, den Medienverlagen Kurier oder dem Versicherungsunternehmen Uniqua. Des Weiteren ist vor allem eine der Landesbanken, die Raiffeisenbank Oberösterreich, stark in der Wirtschaftsstruktur dieses Bundeslandes verwurzelt. Zu den Beteiligungen dieses Finanzinstituts zählen die bedeutsamsten Stahlunternehmen Österreichs (Voest-Alpine, AMAG Austria Metall), die als Privatunternehmen aus der verstaatlichten Industrie allmählich hervorgegangen sind. Topmanager der Bankengruppen gehören auch Aufsichtsräten ehemals staatlicher Unternehmen an (Österreichische Lotterien, Münze Österreich, Casinos Austria).

Von der rechtspopulistischen Partei FPÖ als „Konrad-Giebelkreuz-Krake“ karikiert, von der schreibenden Klasse als „grüner Riese“ umschrieben (Die Zeit, 26.8.2010), wird in österreichischen Medien zunehmend nicht nur das Ausmaß der Machtstellung von Raiffeisen diskutiert, sondern auch, ob eine derart umfangreiche Übertragung von gesellschaftlicher Macht an eine einzige private Institution legitimiert werden kann. Als besonders bedrohlich werden die zahlreichen Beteiligungen im ohnehin schon stark konzentrierten Mediensektor empfunden.

Die genossenschaftlich organisierte Raiffeisen-Bankengruppe weist eine komplexe Struktur auf. „Im Unterschied zu anderen Konzernen, wo die Mutterfirma die Töchter und Enkelstöchter beherrscht, ist es bei Raiffeisen genau umgekehrt: Hier beherrscht die Enkeltochter – die Raiffeisenzentralbank – die Mutter, oder genauer gesagt, die vielen Mütter“ (Weiss 2010: 107): 541 genossenschaftlich organisierte Raiffeisenbanken und –kassen sind acht Landesbanken (Niederösterreich und Wien bilden eine Einheit) unterstellt, die wiederum von der RZB kontrolliert werden, die ihrerseits bis vor kurzem die Raiffeisen International (RI) beherrschte. An der Holding RI, die selbst keine Bank ist, hängen mittlerweile Finanzbeteiligungen in 17 osteuropäischen Ländern, 59.000 MitarbeiterInnen und 15 Millionen KundInnen – womit Raiffeisen der bedeutendste Player der Region ist (Profil, 1.3.2010). Die jüngsten Verwerfungen im Finanzsystem („Finanzkrise“) führten zur Zahlungsunfähigkeit vieler Unternehmen in Ungarn und Ukraine und brachten damit auch die lokalen Tochterbanken der Raiffeisen als Kreditgeberinnen in finanzielle Nöte. Um die Risikovorsorge für sogenannte „faule Kredite“ aufbringen zu können, erhöhte die RI die Kapitalaufnahme über den Kapitalmarkt. Diese Möglichkeit stand der RZB nicht zur Verfügung. Die Fusion von RI und RZB 2010 sollte vor allem die Handlungsfähigkeit der Raiffeisen angesichts der gewandelten Umstände erhöhen. An der vielästigen Verwurzelung der Raiffeisen-Gruppe in Österreich hat die Expansion in Nachbarregionen Zentral- und Osteuropas jedoch wenig geändert.

Ein herausragendes Merkmal der Raiffeisen-Bankengruppe sind auch ihre Querverbindungen in die Politik (s. Abb. 2).

Abb 2. Die politische Vernetzung der Raiffeisen-Bankengruppe



Die Abbildung könnte man so interpretieren, dass eine Organisation ihre Entscheider in die Politik entsandt hat, um dauerhaft Brücken zur Politik bilden. Gegen eine derartige Interpretation wehren sich Raiffeisen-Manager. Sie betonen, dass Raiffeisen nicht als eine einzige Organisation angesehen werden sollte. Der Politiker und Manager Ferdinand Maier kontert in einem Streitgespräch den Vorwurf des FPÖ-Politikers Heinz-Christian Strache, die Raiffeisen-Verflechtungen seien demokratiefördernd, folgendermaßen:

Es gibt bei Raiffeisen unterschiedliche Sektoren, die auch unterschiedlich geführt werden. Wenn Sie recherchiert hätten, würden Sie wissen, in Österreich gibt es 1.600 selbstständige Genossenschaften. Diese 1.600 selbstständigen Genossenschaften sind 566 eigenständige Raiffeisenbanken, 97 Lagerhäuser, 137 Molkereien und zirka 800 andere Genossenschaften. Alle selbständig, unabhängig und sich selbst verantwortlich. Und da gehen Sie jetzt her und reden von einer Organisation. Die Raiffeisenlandesbank ist nur ein Teil davon. Sicher ein erfolgreicher Teil (Format, 29.4.2009).

Ein weiteres, vielfach angeführtes Argument ist, dass Raiffeisen-Banker aus rein zivilgesellschaftlichem Engagement politische Mandate angenommen hätten und in der Politik in erster Linie nicht die Interessen von Banken vertreten. Unbestreitbar ist, dass Raiffeisen zumindest potentiell auf die Politik Einfluss nehmen kann. Um ein ausgewähltes Beispiel zu nennen: 2011 verlaublichte die Bankgruppe, dass sie es von der Ökostromgesetzgebung abhängig mache, ob die Holding 50 Millionen Euro in Ökostromprojekte investiere. Der ausgearbeitete Gesetzesvorschlag sei nicht zufriedenstellend (Der Standard, 7.5.2008). Es ist anzunehmen, dass Wünsche an den Gesetzgeber über loyale NR-Mandata kommuniziert wurden.

5. Resümee

Die Analyse zeigt, dass das Herzstück der Österreich AG von heute nicht mehr jene Banken sind, die ursprünglich den Industriesektor finanzierten. Anstelle der Aufnahme von Bankkrediten emittieren größere Unternehmen heute zunehmend Wertpapiere. Banken ziehen sich ein Stück weit aus dem traditionellen Kreditgeschäft zurück, um eigenkapitalschonende Bankprodukte zu offerieren. Damit reduziert sich das Kreditrisiko und auf eine Entsendung von Bankern in Aufsichtsräte von Großunternehmen kann verzichtet werden. In Netzwerkgrafiken zeigt sich der Rückzug der Banken aus intermediären Rollen im Kreditgeschäft durch das allmähliche Ende der Bank-Industrie-Verflechtungen. Dieser Trend ging in Österreich eindeutig mit einem Machtverlust der Banken innerhalb der Österreich AG einher.

Das Bankwesen hat sich des Weiteren entpolitisiert. In der „roten“ Bank Austria war bis

2000 die AVZ (Anteilsverwaltung Zentralsparkasse) die größte Aktionärin. Alle wichtigen Entscheidungen innerhalb der AVZ wurden vom Sparkassenrat getroffen, dem acht Mitglieder angehörten, darunter fünf aus dem Wiener Gemeinderat und drei aus dem Betriebsrat der Banken. Da in Wien stets die Sozialdemokratie regierte, war der Einfluss der SPÖ auf die Bank rechtlich abgesichert. Auf der anderen Seite stand die „schwarze Reichshälfte“ im Finanzwesen, der die Creditanstalt sowie die Erste Bank der österreichischen Sparkassen zuzurechnen waren. In diesen Finanzinstitutionen fanden sich stets überdurchschnittlich viele ÖVP-nahe Manager. Das Ende des traditionsreichen Bankriesen Creditanstalt, die Übernahme der Bank Austria zuerst durch die Bayerische Hypo- und Vereinsbank und später durch die italienische Unicredit, Privatisierungen und die Expansion der österreichischen Banken nach Osteuropa, hatten eine starke politische Entladung des Finanzsektors innerhalb der Österreich AG zur Folge.

Des Weiteren haben sich die Finanzinstitute aus ihren sozialen Ursprungsmilieus gänzlich herausgelöst. Paradigmatisch für diese Entbettung steht die 1922 durch die Arbeiterbewegung gegründete Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG). Diese stand lange Zeit im Eigentum des Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und sollte die Finanzierung der sozialistischen Arbeiterorganisationen sicherstellen sowie im Streikfall Unabhängigkeit vom politischen Gegner garantieren. Heute ist der US-Fonds Cerberus Eigentum der BAWAG. Dass die BAWAG einst als Hilfsinstitut für die Arbeiterklasse agierte, ist gänzlich in Vergessenheit geraten.

Banken sind dennoch das Herzstück der Österreich AG geblieben. Netzwerkanalysen zeigten deutlich, dass Raiffeisen zu einer der zentralsten Unternehmensgruppen aufgestiegen ist. Sie profitierte vom Ende der Verstaatlichten, die lange Zeit das Nervenzentrum der Österreich AG bildete. Der Privatisierungsprozess wurde nämlich von der Politik derart gesteuert, dass (zumeist) österreichische Mehrheitsaktionäre auf den Eigentümer Staat folgten. So konnte es auch dem Raiffeisen-Banker Scharinger im Zusammenspiel mit der oberösterreichischen Landespolitik gelingen, den privatisierten Voest-Konzern in den Händen von inländischen Kernaktionären zu halten. Anstelle von *road shows* für internationale Investoren erfolgten geheime Absprachen zwischen der Schlüssel-Regierung und heimischen Investoren. Heute verfügt die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich über 15% der Stimmrechte der börsennotierten Voestalpine. Die Zeitschrift *The Economist* (4.9.2003) zog damals folgendes Resümee: „*Mr. Schlüssel, who talks fondly of open borders and free markets, now sounds happy to accept a much lower price for Voestalpine to keep it in familiar hands.*“

Literatur

- Beer, Elisabeth/Brigitte Ederer (1987) Industriepolitik der österreichischen Banken. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 13, 353-370.
- Bruckner, Bernulf/Rudolf Stickler (2000) *Österreichs Bankwirtschaft : Struktur, Wirtschaftlichkeit und internationaler Vergleich*. Wien: Orac.
- Dritsas, Margarita/Peter Eigener/Jan Ottosson (1996) "Big business" networks in three interwar economies: Austria, Greece and Sweden. In: *Financial History Review* 3, 175-195.
- Eigener, Peter (1997) *Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen den Wiener Großbanken und Industriegesellschaften, 1895-1940*. Wien.
- Gerschenkron, Alexander (1966) *Economic backwardness in historical perspective*. Cambridge, Mass.: Belknap Press.
- Grubelnik, Klaus (1998) *Die rote Krake. Eine Bank erobert Österreich*. Wien: Molden.

- Grünwald, Oskar (1964) Die Beteiligungsgesellschaften der verstaatlichten Banken. In: Wilhelm Weber (Hrsg.), Die Verstaatlichung in Österreich. Berlin: Duncker & Humblot, 477-499.
- Korom, Philipp (2012) Kein Ende der „Österreich AG“? Über die Beständigkeit eines koordinierten Unternehmensnetzwerkes in Zeiten von Privatisierung und Internationalisierung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 41, 141-160.
- Korom, Philipp (2014) Austria Inc. (1937-2008) under strain: The fading of Creditanstalt bank and the end of the nationalized industry. In: Gerarda Westerhuis/Thomas David (Hrsg.), The power of corporate networks. A comparative and historical perspective. London: Routledge, 125-148.
- Morawetz, Inge (1985) Personelle Verflechtungen zwischen Großunternehmen und Banken in Österreich. Ergebnisse einer Netzwerkanalyse. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 10, 74-84.
- Müller, Wolfgang C. (1981) Zur Genese des Verhältnisses von Politik und verstaatlichter Industrie in Österreich (1946-1981). In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 10, 393-408.
- Pfeffer, Jeffrey/Gerald R. Salancik (1978) The external control of organizations: A resource dependence perspective. New York: Harper & Row.
- Sandgruber, Roman (1995) Ökonomie und Politik : Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien: Ueberreuter.
- Stiefel, Dieter (1983) The reconstruction of the Credit-Anstalt. In: Alice Teichova (Hrsg.), International business and Central Europe, 1918-1939. Leicester: Leicester University Press, 415-430.
- Stokman, Frans N./Jelle van der Vanderknoop/Frans W. Wasseur (1988) Interlocks in the Netherlands - stability and careers in the period 1960-1980. In: Social Networks 10, 183-208.
- Teichova, Alice (1994) Banking in Austria. In: Manfred Pohl (Hrsg.), Handbook on the history of European banks. Aldershot: Edward Elgar, 3-44.
- Turnheim, Georg (2009) Die Privatisierung der verstaatlichten Industrie (Periode von 1991 bis 2007). In: Georg Turnheim (Hrsg.), Österreichs Verstaatlichte . Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008. Wien: Manz, 103-126.
- Useem, Michael (1984) The inner circle. Large corporations and the rise of business political activity in the U.S. and U.K. New York: Oxford University Press.
- Vodopivec, Alexander (1960) Wer regiert in Österreich? Ein politisches Panorama. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Weiss, Hans (2010) Schwarzbuch Landwirtschaft. Die Machenschaften der Agrarpolitik. Wien: Deuticke.
- Ziegler, Rolf(1984) Das Netz der Personen- und Kapitalverflechtungen deutscher und österreichischer Wirtschaftsunternehmen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36, 557-584.
- Ziegler, Rolf/Gerhard Reissner/Donald Bender (1985) Austria Incorporated. In: Frans N. Stokman/Rolf Ziegler/John Scott (Hrsg.), Networks of corporate power. A comparative analysis of ten countries. Cambridge: Polity Press, 73-90.

Presseartikel

- Der Standard. 7.5.2008. Neue Ökostrom-Vorschläge.
- Die Zeit. 26.8.2010. Der grüne Riese.
- Format. 29.4.2009. „Verbales Paintball“ vs. „Giebelkreuzsekte“.
- Profil. 1.3.2010. RZB: Fusion mit der Ost-Tochter soll das Auslandsgeschäft retten.
- The Economist. 4.9.2003. Don´t sell our family silver! Austrians are still reluctant free-marketters.

- 1 Die treibenden Kräfte der Umgestaltung der Österreich AG sind in erster Linie Privatisierungen und erst in zweiter Linie Umbrüche im Bankenwesen sowie das Ende der Bank-Industrie-Verflechtungen. Aus Platzgründen kann nicht im Detail auf die schrittweise erfolgten Privatisierungen eingegangen werde. Es sei jedoch verwiesen auf Turnheim (2009).